

Antrag A3030: Für einen Neustart in der Migrationspolitik – für mehr Fachkräfteeinwanderung, bessere rechtsstaatliche Steuerung und weniger irreguläre Migration

Antragsteller/-in:	Bundesvorstand der Freien Demokraten
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A3 - Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Für einen Neustart in der Migrationspolitik – für**
2 **mehr Fachkräfteeinwanderung, bessere rechtsstaatliche**
3 **Steuerung und weniger irreguläre Migration**

4 Als modernes Einwanderungsland braucht Deutschland auch ein modernes
5 Einwanderungsgesetz, das qualifizierte Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt
6 erleichtert und Migration mit klaren Regeln nach unseren Interessen steuert.
7 Denn auch wenn wir uns dafür einsetzen, unser inländisches Potential noch besser
8 zu nutzen, ist unsere Wirtschaft zusätzlich auf Fachkräfte aus dem Ausland
9 angewiesen. Qualifizierte Zuwanderung ist ein Gewinn für unser Land. Wir müssen
10 sicherstellen, dass Deutschland im globalen Wettbewerb um die besten Talente als
11 attraktiver Standort erfolgreich ist. Kanada, Australien und Co machen es schon
12 lange vor – wir folgen jetzt endlich diesem Beispiel und führen ein Punktesystem
13 für eine bessere Fachkräfteeinwanderung ein.

14 Angesichts der anhaltend hohen Zahl von Geflüchteten sind Länder und Kommunen
15 gerade bei der Unterbringung und Versorgung vor große Herausforderungen
16 gestellt. Vielerorts sind die örtlichen Aufnahmekapazitäten erschöpft und die
17 Grenzen des Leistbaren erreicht. Wenn Kommunen in dieser angespannten Lage
18 überfordert oder alleine gelassen werden, gefährdet dies auch die
19 gesellschaftliche Akzeptanz für Einwanderung insgesamt. Dieser Entwicklung muss
20 deshalb mit zielgerichteten Reformen in der Migrationspolitik entgegengesteuert
21 werden.

22 Für uns Freie Demokraten ist klar: Menschen, die vor Krieg, Gewalt und
23 Verfolgung fliehen, bieten wir im Sinne des Grundgesetzes und im Rahmen unserer
24 Möglichkeiten Schutz. Die humanitären Verpflichtungen, die sich aus der Genfer
25 Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention ergeben,
26 sind für uns unverhandelbar. Zudem brauchen wir dringend einen Neustart in der
27 Migrationspolitik. Wir müssen Zuwanderung mit rechtsstaatlichen Mitteln effektiv
28 steuern und irreguläre Migration reduzieren. Die im Koalitionsvertrag
29 vereinbarten Punkte, insbesondere schnellere Entscheidungen bei Asylprozessen,
30 der Einsatz für verlässliche Migrationsabkommen und der Start einer
31 Rückführungsoffensive, müssen umgesetzt und weiter vorangebracht werden. Wir
32 setzen uns außerdem für ein grundlegend reformiertes Europäisches Asylsystem
33 ein, das schnellere Verfahren, konsequente Rückführungen und eine faire

34 Lastenverteilung in Europa sicherstellt.

35 Folgende Punkte sind für uns Freie Demokraten für einen Neustart in der
36 Migrationspolitik zentral:

37 **1. Wir wollen mehr reguläre Einwanderung in unseren Arbeitsmarkt ermöglichen.**

38 Der Fachkräftemangel stellt unser Land schon heute vor große
39 Herausforderungen. Qualifiziertes Personal wird insbesondere in
40 Handwerksbetrieben, in den Gesundheitsberufen und im MINT-Bereich
41 händeringend gesucht. Wir müssen deshalb zum einen unser inländisches
42 Potential besser nutzen. Dazu tragen unter anderem die Exzellenzinitiative
43 Berufliche Bildung, der MINT-Aktionsplan 2.0, eine höhere
44 Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Menschen sowie sinnvolle
45 Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen bei. Zum anderen müssen wir
46 die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte unkomplizierter ermöglichen.
47 Denn sie ist ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor und sorgt für
48 Wohlstandsgewinne. Zugewanderte Fachkräfte können unser Steuer- und
49 Sozialsystem entlasten und zudem neue Ideen mitbringen, die Innovationen
50 fördern. Wir haben erfolgreich darauf hingewirkt, dass die Bundesregierung
51 mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz ein modernes Einwanderungssystem auf
52 den Weg gebracht hat, das die Zugangshürden für Qualifizierte senkt. Mit
53 der Einführung eines Punktesystems, das wir Freie Demokraten seit langem
54 gefordert haben, folgt Deutschland endlich erfolgreichen
55 Einwanderungsländern wie Kanada, Australien oder Neuseeland. Dadurch wird
56 insbesondere der Zugang für ausländische Fachkräfte mit besonders gefragten
57 Qualifikationen, Berufserfahrung oder Sprachkenntnissen erleichtert. Mit
58 der Digitalisierung von Verwaltungsabläufen sorgen wir zudem für
59 beschleunigte Verfahren. Zudem wollen wir Englisch als zweite
60 Verwaltungssprache in den deutschen Behörden einführen. Wir setzen uns
61 außerdem für kürzere Bearbeitungszeiten bei der Visa-Ausstellung in den
62 deutschen Auslandsvertretungen ein. Darüber hinaus eröffnen wir Menschen,
63 die in Deutschland langjährig geduldet leben und gut integriert sind, mit
64 dem Chancen-Aufenthaltsrecht neue Perspektiven. Sie erhalten die
65 Möglichkeit, die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht in
66 Deutschland zu erfüllen. Damit wird ihnen auch eine Perspektive in unserem
67 Arbeitsmarkt eröffnet. Dieses Potential für unsere Wirtschaft nutzen wir
68 nun.

69 **2. Einwanderung muss auch durch Migrationsabkommen besser gesteuert werden.**

70 Wir unterstützen den Einsatz des Sonderbevollmächtigten der Bundesregierung
71 für Migration, Joachim Stamp, für den Abschluss fairer und praxistauglicher
72 Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitländern. Durch diese Abkommen
73 soll sichergestellt werden, dass Menschen ohne Bleiberecht in Deutschland
74 wieder in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden können. Gleichzeitig
75 sollen auch Möglichkeiten für einen legalen Zugang in den deutschen und
76 europäischen Arbeitsmarkt entwickelt werden. Wir unterstützen die
77 Herangehensweise, Migrationsabkommen zu schließen, die für alle Beteiligten
78 Vorteile bringen. Herkunftsländern können für die Rücknahme

- 79 ausreisepflichtiger Personen im Gegenzug beispielsweise
80 Visaerleichterungen, eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit oder
81 Qualifizierungsmaßnahmen für den deutschen Arbeitsmarkt in Aussicht
82 gestellt werden. Das trägt dazu bei, dass Abkommen auch langfristig
83 effektiv und erfolgreich sein können.
- 84 **3. Durch Vereinfachungen muss mehr Tempo bei Verwaltungsverfahren erreicht**
85 **werden.** In Deutschland sind hunderttausende Menschen ausreisepflichtig – in
86 vielen Fällen schon seit mehreren Jahren. Ein Grund dafür sind zu lange
87 Verfahrensdauern, die Abschiebungen verzögern. Damit Identitäten schneller
88 geklärt werden können, müssen Best Practices in einem strukturierten und
89 fortlaufenden Prozess zwischen Bund und Ländern ausgetauscht werden. So
90 schaffen wir die Voraussetzungen für zügige Verfahren der Ausländerbehörden
91 und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Wir wollen außerdem die
92 Digitalisierung bei der Vorgangsbearbeitung vorantreiben und verhindern,
93 dass es zu vermeidbaren Medienbrüchen kommt.
- 94 **4. Die Feststellung des Schutzstatus von Geflüchteten muss auch in**
95 **Drittstaaten möglich sein.** Dabei sind die Genfer Flüchtlingskonvention und
96 die Europäische Menschenrechtskonvention zu achten. Wie im
97 Koalitionsvertrag vereinbart, müssen die rechtlichen Voraussetzungen dafür
98 schnellstmöglich geklärt werden. Wenn Asylanträge bereits in Drittstaaten
99 geprüft werden können, verhindern wir, dass sich Menschen, die in
100 Deutschland keine Bleibeperspektive haben, in die Hände von Schleppern und
101 beispielsweise bei der Flucht über das Mittelmeer in Lebensgefahr begeben.
- 102 **5. Die Bundesländer müssen Rückführungsoffensiven starten.** Nicht nur der Bund,
103 sondern vor allem die Länder sind in der Pflicht, Rückführungen konsequent
104 und effektiv durchzuführen. Denn Abschiebungen liegen weit überwiegend im
105 Zuständigkeitsbereich der Länder. Abschiebestopps unter Vorschiebung
106 fadenscheiniger Gründe darf es insbesondere mit Blick auf die kritische
107 Lage in den Kommunen nicht geben. Zudem muss die Koordination zwischen Bund
108 und Ländern bei Abschiebungen auf dem Luftweg verbessert werden, damit die
109 verfügbaren Kapazitäten auch effizient genutzt werden.
- 110 **6. Die Bundespolizei muss mehr Kompetenzen bei Rückführungen erhalten.**
111 Bundespolizistinnen und Bundespolizisten sind zwar teilweise dafür
112 zuständig, unerlaubte Aufenthalte festzustellen. Die anschließende
113 Rückführung ausreisepflichtiger Personen liegt jedoch nicht im
114 Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei. Wir wollen vermeiden, dass es
115 aufgrund verschiedener Zuständigkeiten zu Erschwernissen oder Verzögerungen
116 bei Bearbeitungsprozessen kommt. Wenn die Bundespolizei Kenntnis davon
117 erlangt, dass sich Personen unerlaubt in Deutschland aufhalten und sie
118 diese in ihrem Zuständigkeitsbereich aufgreift, soll sie die
119 Ausreisepflichtigen abschieben dürfen.
- 120 **7. Abschiebemaßnahmen müssen stets mit aller Sorgfalt vorbereitet und dann**
121 **auch tatsächlich durchgeführt werden können** – das gilt insbesondere für die
122 konsequente Rückführung von Gefährdern und Straftätern. Wenn es
123 erforderlich ist, muss der Rechtsstaat diese auch zwangsweise umsetzen. Es

- 124 darf nicht vorkommen, dass eine Abschiebung scheitert, weil die
125 ausreisepflichtige Person sich der Durchführung entzieht.

Begründung

Erfolgt mündlich.